

# Da weiß man, wen man wählt...

Die KPÖ ist 2003 bei der Gemeinderatswahl mit über 20 Prozent der Stimmen und 2 Stadtsenatsmitgliedern zur drittstärksten Partei im Rathaus geworden.

**Elke Kahr** und die **KPÖ-Mandatare** leisten im Rathaus gewissenhafte und gute Arbeit. Sie vertreten sachkundig und mit der notwendigen Leidenschaft die Anliegen der Bevölkerung. Das ist gut für Graz.

Die anderen spekulieren darauf, dass die KPÖ im künftigen Gemeinderat nicht mehr entsprechend vertreten ist. **Für die Menschen, denen es nicht so gut geht, ist es aber wichtig, dass sie eine Lobby haben.**

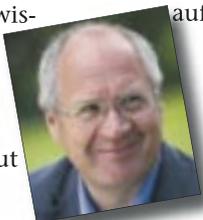
Die KPÖ ist unabhängig von Banken, Konzernen, Versicherungen oder Wohnbaugesellschaften. Wir sind der Bevölkerung verpflichtet.

**Deshalb bitten wir um Ihre Stimme.**

**Nur wenn wir eine starke Kraft im Rathaus bleiben, können wir unsere Hilfs- und Beratungstätigkeit im**

**gewohnten Umfang fortsetzen und die Bevölkerung mit dem Grazer Stadtblatt informieren.**

**Elke Kahr, Wilfriede Monogioudis und Ernest Kaltenegger** haben gezeigt, dass man sich auf sie verlassen kann.



## 1 Die Grazer Politiker gönnen sich immer noch Privilegien.

Ob sie nun gut oder schlecht arbeiten: Die Grazer Stadtpolitiker lassen sich für ihre Tätigkeit fürstlich entlohnen. Der Grazer Bürgermeister erhält 12.436 Euro (brutto) vierzehnmal im Jahr! Gleich nach der Wahl 2003 griff man tief in die Taschen der Steuerzahler und ließ das Bürgermeisterbüro um 306.356 Euro neu gestalten. Von einer Verkleinerung der Stadtregierung von 9 auf 7 ist keine Rede mehr.

Die Leute verstehen immer weniger, dass die Superverdiener immer neue Belastungen für die Mehrheit der Bevölkerung erfinden.

## 2 Alle tanzen nach der Pfeife der EU – wir nicht.

Die EU nimmt keine Rücksicht auf Österreich. Die Bürgerinnen und Bürger haben höhere Tarife und Gebühren zu tragen. Leistungen werden eingeschränkt, Betriebe verkauft (Stadtwerke). Der Euro macht vieles teurer. Die EU setzt Gentechnik in unserem Land durch. Der neue EU-Vertrag bringt Aufrüstung



Liste 3

Kandidatinnen und Kandidaten der Liste 3 - KPÖ (von links nach rechts): Herbert Wippel, Eva Moazedl, Georg Fuchs, Sebastian Kahr, Ina Bergmann, Christian Sikora, Kirsten Felbinger, Manfred Eber, Uli

und Sozialabbau. Er stellt die Neutralität in Frage. **Deshalb fordern wir eine Volksabstimmung darüber.**

## 3 Wohnen darf nicht arm machen.

Graz braucht mehr Gemeindewohnungen zu erschwinglichen Mieten. Unsere Initiative „Gemeindewohnungen auf Kasernengrund“ muss deshalb verwirklicht werden. **Ernest Kaltenegger und Elke Kahr** haben als Wohnungsstadträte gezeigt, dass man auch unter schwierigen Bedingungen viel erreichen kann: Beispiele sind das Grazer Wohnungszahlungsmodell, die zeitgemäße Ausstattung der Wohnungen (ein Bad für jede Gemeindewohnung) und der Kautionsfonds.

Wohnen darf nicht arm machen. Deshalb fordern wir klar festgelegte Mietobergrenzen für alle Wohnungen, um Mietzinswucher zu unterbinden, Einfrieren der Betriebskosten und energische Maßnahmen gegen Wohnungsspekulanten.

## 4 Sozialpass für Einkommensschwächere

Alles wird teurer. Löhne und Pensionen kommen mit der Teuerung nicht mit. In Graz sind mehr als 10.000 Menschen arbeitslos. Deshalb verlangen wir einen Grazer **Sozialpass für Menschen mit niedrigem Einkommen**. Er soll Behördenwege reduzieren. Der Sozialpass garantiert den Bezug der Wohnbeihilfe neu, des Heizkostenzuschusses sowie die Befreiung vom Grundpreis bei Gas, Strom und Fernwärme. Freier bzw. günstiger Eintritt für öffentlich subventionierte Kultur-, Sport- und Bildungseinrichtungen sowie für die Benutzung der GVB.



## 5 Kein Ausverkauf von Graz

Wenn die Stadt Graz ihr Eigentum verschleudert, sind wichtige Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger in Gefahr. Tarife steigen, Leistungen werden schlechter. Mit Unterstützung der Bevölkerung hat die KPÖ in Graz bisher den Verkauf der Gemeindewohnungen, der Müllabfuhr oder des Kanals verhindert.



Der Druck auf Gemeinden, die öffentlichen Dienste (Wohnungen, Wasserversorgung, Müllabfuhr, Verkehrsbetriebe ...) an Privatkonzerne zu verschern, ist groß. Mit der KPÖ ist das aber nicht zu machen: Sie ist strikt gegen den Ausverkauf öffentlichen Gutes!



GEMEINDERATSWAHL 20. 1. 2008

**KPÖ**

Helfen statt reden  
**ELKE KAHR**

